

Ordnungspolitik

Autor(en): **Horn, Karen**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **97 (2017)**

Heft 1049

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-736562>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

WORTWECHSEL

Ordnungspolitik

«Es ist eine Tradition der Schweiz, dass wir auf vernünftige Lösungen setzen und nicht auf ordnungspolitische Glaubenssätze.»

Regula Rytz (Grüne)
zur Energiestrategie
im Interview mit dem «Bund»
vom 5. Mai 2017

Der Begriff «Ordnungspolitik» ist kaum in andere Sprachen zu übersetzen. Im Englischen dächte man an «law and order» und stünde innerlich stramm; im Französischen gäbe eine «politique d'ordre» Rätsel auf. Doch selbst im Deutschen hat sich ein beliebiger Gebrauch eingeschlichen, der den Begriff zunehmend schillern lässt. Kritisch konnotiert, steht er oft nur noch für einen Ideologievorwurf, wie ihn Regula Rytz erhebt. In der akademischen Welt schwingt zudem eine Unterstellung fehlender Wissenschaftlichkeit mit. Das Gesamtbild wird nicht besser, wenn zum Beispiel Unternehmer unter Anrufung der Ordnungspolitik für staatliche Eingriffe werben, die schlicht ihren Interessen dienen.

Von einem solchen Gebrauch liegen Herkunft und Bedeutung des Wortes freilich weit entfernt. Es kam in den 1930er Jahren auf. Der Freiburger Ökonom Walter Eucken bemühte sich damals, eine Brücke zwischen der Historischen Schule, deren Vertreter jede geschichtliche Situation als einzigartig analysierten, und der von historischen Kontexten abstrahierenden Theorie zu schlagen. Seine Lösung bestand darin, sich auf die jeweilige Ordnung der Wirtschaft zu konzentrieren, also darauf, «welche Spielregeln herrschen», wie er in seinen «Grundlagen der Nationalökonomie» (1939) formulierte. Die staatliche Setzung der allgemeinen Spielregeln bezeichnet man demzufolge als Ordnungspolitik, zum Beispiel den Schutz der Eigentumsrechte. Einen Eingriff in den Spielverlauf und in dessen Ergebnisse indes, etwa die Veränderung der Einkommensverteilung durch Umverteilung, nennt man Prozesspolitik.

In Euckens ökonomisch wie moralisch begründeter Konzeption einer Wettbewerbsordnung ist eine gute Wirtschaftspolitik dadurch definiert, dass sie die Regelebene möglichst selten verlässt. Sie soll vorrangig einen funktionsfähigen Rahmen für die freiwillige wirtschaftliche Betätigung von Menschen auf Märkten festlegen und aufrechterhalten. In seinen posthum veröffentlichten «Grundsätzen der Wirtschaftspolitik» (1952) hat Eucken die Prinzipien beschrieben, auf die es hierfür zu achten gilt: flexible Preise, stabiles Geld, offene Märkte, Privateigentum, Vertragsfreiheit, Haftung, Konstanz der Wirtschaftspolitik. Nur was diese Prinzipien mit Hilfe allgemeiner Regeln stärkt, ist Ordnungspolitik im eigentlichen Sinne. ◀

Karen Horn

ist Dozentin für ökonomische Ideengeschichte, freie Autorin sowie Chefredaktorin und Mitherausgeberin der Zeitschrift «Perspektiven der Wirtschaftspolitik».